

04/2017

ZU KURZ GEDACHT! „DAUERHAFT HOHE EXPORTÜBERSCHÜSSE SIND EIN SEGEN FÜR DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT“

Wer glaubt, dass dauerhaft hohe Exportüberschüsse Ausdruck einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung sind, der irrt. Vielmehr gilt: Dauerhaft hohe Exportüberschüsse signalisieren gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen und stehen einem starken und nachhaltigen Wachstums- und Wohlstandsprozess entgegen.

Die anhaltend hohen deutschen Exportüberschüsse – in den letzten drei Jahren lag der Exportüberschuss (genauer: der Leistungsbilanzüberschuss) im Durchschnitt bei über 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – werden gegenwärtig im In- und Ausland kontrovers diskutiert. In Deutschland werden die hohen Exportüberschüsse zumeist als Ausdruck der wirtschaftlichen Stärke und des ökonomischen Erfolges gefeiert. In ihnen würde sich nicht nur die hohe Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrieunternehmen, sondern der gesamten Volkswirtschaft widerspiegeln. Die insbesondere aus dem Ausland zunehmend vorgebrachte Kritik an den hohen deutschen Exportüberschüssen wird daher zurückgewiesen. Vielmehr sei es wichtig, die Exportorientierung – im Inland wie im Ausland – weiter zu stärken. Denn nur über hohe Exportüberschüsse könnten auch hohe Wachstums-, Beschäftigungs- und Wohlstandsgewinne erzielt werden. Hält diese Argumentation einer genaueren Betrachtung wirklich stand?

DIE EXPORTWIRTSCHAFT IST NUR EIN TEIL DER GESAMTEN VOLKSWIRTSCHAFT

Deutschland ist seit langem eng in den internationalen Güterhandel eingebunden. Dies drückt sich z. B. in einer im Vergleich zu anderen größeren Volkswirtschaften hohen Exportquote (Summe der Exporte in Relation zum BIP) von knapp 50 Prozent oder auch in einer hohen Außenhandelsquote (Summe der Exporte und Importe in Relation zum BIP) von über 70 Prozent und damit in einer großen „Offenheit“ aus. Indem die deutschen Unternehmen den Zugang zu größeren Absatzmärkten im Ausland nutzen, können sie erhebliche Spezialisierungs- und Effizienzvorteile erzielen. Daraus ergeben sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht unwesentliche Produktivitäts- und Wachstumsgewinne. Die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung trägt daher zur Steigerung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes im Inland bei.

Allerdings darf aus der hohen Exportquote nicht der Schluss gezogen werden, dass rund 50 Prozent des Wohlstandes in Deutschland über den Export erwirtschaftet wird, denn im Rahmen dieser unechten Quote wird eine Umsatzgröße (Exporte im Zähler) mit einer Wertschöpfungsgröße (BIP im Nenner) in Relation gebracht, was irreführend ist und keinen Sinn macht. Richtiger und aussagekräftiger sind echte Quoten, z. B. der Anteil der Exporte an der gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage (Inlandskonsum und Inlandsinvestitionen zzgl. der Exporte) oder auch echte Wertschöpfungs-Exportquoten (Wertschöpfung der Exporte im Inland in Relation zum BIP). Diese echten Quoten liegen in Deutschland bei knapp über bzw. unter 30 Prozent. Dies zeigt: die Exportwirtschaft ist ein wichtiger Teil der deutschen Volkswirtschaft (jeder vierte Arbeitsplatz hängt vom Export ab), die Binnenwirtschaft ist jedoch für die gesamtwirtschaftliche Produktion, Einkommens-

entstehung und Wohlstandsentwicklung von weitaus größerer Bedeutung (drei von vier Arbeitsplätzen hängen von der Binnenwirtschaft ab). Daher sollte der Binnenwirtschaft von Seiten der Politik eine mindestens ebenso große Aufmerksamkeit entgegengebracht werden wie der Exportwirtschaft.

HOHE EXPORTÜBERSCHÜSSE: KEIN GARANT FÜR STARKES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Die im Mittelpunkt der Diskussion bzw. Kritik stehenden anhaltend hohen Exportüberschüsse (die Differenz zwischen Exporten und Importen) werden in Deutschland häufig damit gerechtfertigt, dass man nur dank ihnen hohe gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten erzielen könne. Steigen die Exporte stärker als die Importe, dann führt das zu einem steigenden BIP – aus dem Außenhandel resultiert dann ein positiver Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Da Deutschland in den letzten Jahren immer wieder hohe bzw. steigende Exportüberschüsse erzielen konnte, konnten folglich auch hohe positive Wachstumsbeiträge über den Außenhandel realisiert werden. So waren die Exportüberschüsse z. B. zwischen 1999 und 2007 für gut die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in Deutschland verantwortlich.

Bei aller Euphorie hinsichtlich der Exporterfolge darf jedoch nicht übersehen werden, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland in der Vergangenheit trotz hoher bzw. steigender Exportüberschüsse auch im internationalen Vergleich häufig relativ schwach ausfiel. Innerhalb Europas war Deutschland zwischen 2000 und 2005 sogar das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum (Stichwort: rote Laterne). Und auch nach der Finanz- und Wirtschaftskrise stellt sich das Wachstum in Deutschland – selbst bei eigenen historischen Standards und trotz eines extrem niedrigen Zinsniveaus und einer gewissen Belebung des privaten und öffentlichen Konsums – nicht als sonderlich hoch dar. Die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist auf die geringen Wachstumsbeiträge der Binnenwirtschaft zurückzuführen. Offensichtlich können die Wachstumsimpulse aus dem Außenhandel die geringen Impulse vom Binnenkonsum und den Binneninvestitionen nicht kompensieren. Dies ist aufgrund der großen Bedeutung der Binnennachfrage für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht verwunderlich. Eine einseitige Exportorientierung garantiert folglich kein starkes Wirtschaftswachstum.

>

HOHE EXPORTÜBERSCHÜSSE: KEINE BREIT VERTEILTEN WOHLSTANDSGEWINNE

Die im Zuge der Exportorientierung erzielten Wachstums- und Wohlstandsgewinne kommen zudem im Inland nicht breiten Bevölkerungsgruppen zugute. Während die Gewinneinkommen stark zugenommen haben, sind die Löhne in Deutschland in den letzten Jahrzehnten weniger stark gestiegen, als es die „goldene Lohnregel“ (mittelfristiges Wachstum der Arbeitsproduktivität plus Zielinflationsrate) vorgibt und wie es innerhalb der Europäischen Währungsunion aus stabilitätspolitischer Sicht notwendig gewesen wäre. Dafür haben die auch im Vergleich zu anderen Euro-Mitgliedsländern stagnierenden bzw. nur schwach steigenden Lohnstückkosten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte erhöht und so deren Absatz und die Entstehung hoher Exportüberschüsse gefördert. Unterstützt wurde dies durch die Euro-Mitgliedschaft, die die deutsche Volkswirtschaft vor starken Aufwertungen geschützt hat.

Die Lohnzurückhaltung hat darüber hinaus auch die Konsum- und Investitionsnachfrage und damit auch die Importe geschwächt. Tatsächlich weist Deutschland im internationalen Vergleich seit dem Jahr 2000 ein unterdurchschnittliches Importwachstum auf. Der Exportüberschuss Deutschlands lässt sich daher zu einem wesentlichen Teil auch als Importdefizit interpretieren. Letzteres ist ein Spiegelbild der zunehmend ungleichen Verteilung der Einkommen und Vermögen in Deutschland, da dies die Sparquote ansteigen und die Konsumquote fallen lässt. Auch aktuelle empirische Studien weisen darauf hin, dass die zunehmend ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen eine stärkere und gleichgewichtigere Wirtschaftsentwicklung in Deutschland verhindert hat.

HOHE EXPORTÜBERSCHÜSSE: KEINE NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Permanent hohe Exportüberschüsse sind auch keine Garantie für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Denn den Exportüberschüssen des Inlandes stehen zwangsläufig Importüberschüsse des Auslandes gegenüber. Während Exportüberschüsse mit Kapitalexport (Aufbau von Forderungen bzw. Vermögen gegenüber dem Ausland) einhergehen, sind Importüberschüsse mit Kapitalimport (Aufbau von Verbindlichkeiten bzw. Verschuldung gegenüber dem Ausland) verbunden. Die hohen deutschen Exportüberschüsse und die damit einhergehenden Wachstumsimpulse basieren also auf der Verschuldungsbereitschaft des Auslandes. Das Ausland lebt „über seinen Verhältnissen“, da es mehr ausgibt, als es selber erwirtschaftet, während Deutschland „unter seinen Verhältnissen“ lebt, da es weniger ausgibt, als es selber erwirtschaftet.

Wie zuletzt die Entwicklung in der Eurozone gezeigt hat, führen diese außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte jedoch über kurz oder lang zu Überschuldungskrisen im Ausland. Diese schlagen auch auf Deutschland zurück: zum einen konjunkturell wegen der hohen Exportabhängigkeit der Wirtschaft – bei einem Einbruch der Weltkonjunktur kommt es zu starken Produktionsrückgängen –, zum anderen finanziell wegen der Netto-Gläubigerposition – im Zuge der Verschuldungskrisen geht ein Teil des über den Kapitalexport aufgebauten Aus-

landsvermögens durch Wertverluste und Abschreibungen wieder verloren. Vor diesem Hintergrund kann daher auch das Argument, die hohen Exportüberschüsse bzw. Kapitalexporte seien mit Blick auf die demographische Entwicklung eine kluge Altersvorsorgestrategie, nicht wirklich überzeugen.

WOHLSTANDS- STATT EXPORTORIENTIERUNG IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Deutschland hat also aus vielerlei Gründen ein eigenes starkes Interesse, seine hohen Exportüberschüsse abzubauen und eine gleichgewichtigere Wirtschaftsentwicklung anzustreben, nicht zuletzt auch, um den Euro zum Erfolg zu führen. Wenn die Europäische Währungsunion fortbestehen soll, dann ist eine an den Erfordernissen des gesamten Währungsraumes ausgerichtete Politik vonnöten, und dies erfordert in Deutschland vor allem höhere Lohnsteigerungen und eine Stärkung der Binnennachfrage, um so die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone wie auch weltweit zu verringern. Auch die europäischen Vorgaben sehen für Leistungsbilanzüberschüsse einen Grenzwert von +6 Prozent des BIP vor, der nicht dauerhaft überschritten werden darf, soll die Stabilität des Wirtschaftssystems nicht gefährdet werden. Allerdings erscheint dieser Grenzwert immer noch zu hoch und vor dem Hintergrund des für Leistungsbilanzdefizite geltenden Grenzwertes von -4 Prozent des BIP als wenig konsistent.

Anstelle der einseitigen Exportorientierung ist in Zukunft eine breiter angelegte Wohlstandsorientierung in der Wirtschaftspolitik gefragt. Die Behauptung, dass die hohen Exportüberschüsse das Ergebnis von Marktprozessen und politisch nicht beeinflussbar sind, überzeugt dabei nicht. Denn wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Maßnahmen beeinflussen stets die dezentralen Entscheidungen individueller Akteure. Die Lohn- und Arbeitsmarktpolitik, die Steuer-, Abgaben- und Rentenpolitik, die Fiskal- und Verteilungspolitik sowie die Industrie- und Dienstleistungspolitik können so gestaltet werden, dass eine Reduzierung der hohen Exportüberschüsse und eine stärkere und nachhaltigere Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung, an der breite Bevölkerungsgruppen gleichermaßen teilhaben, gelingt.

Autoren

Dr. Andrä Gärber ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Markus Schreyer ist Referent in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Impressum

© 2017

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Fax 0228 883 9202; 030 26935 9229; www.fes.de/wiso

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:
Markus Schreyer, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Kontakt: wiso-argumente@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.
Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-886-2